



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Lieber Leserinnen und Leser,

Straßburger Sitzungswoche außerplanmäßig in Brüssel

wie Sie vermutlich in der Zeitung gelesen haben, ist am 7. August ein Teil der Zwischendecke des Plenarsaals in Straßburg eingestürzt. Dieser Vorfall, bei dem Gott sei Dank niemand zu Schaden gekommen ist, hat zur Folge, dass die Straßburger Sitzungswoche nicht wie normalerweise in Straßburg stattfinden kann, sondern nach Brüssel verlegt wurde. Diese Entscheidung sorgte sowohl in meinem Büro als auch auf Verwaltungsebene für einige organisatorische Herausforderungen: Termine, die in Straßburg geplant waren, mussten abgesagt oder verlegt, Hotelzimmer abbestellt werden und nicht zuletzt war der Besuch der Besuchergruppen anders zu gestalten.

Auch die in Straßburg geplanten Sitzungen Ende September werden nochmals in Brüssel stattfinden wird. Die Geschehnisse in Straßburg haben am Rande der Sitzungen die Diskussion über die beiden Sitze des Parlaments in Brüssel und Straßburg neu entfacht. Der Sitz Straßburg ist im Vertrag von Amsterdam festgeschrieben und kann nur einstimmig mit Zustimmung Frankreichs geändert werden. Sitzdiskussionen sind also weiterhin fruchtlos.

Verordnung zur Betrugsbekämpfung in der EU

Nun ist es endlich soweit: Nach langer intensiver Arbeit konnte ich als Berichterstatterin den Bericht, das heißt die Änderungsanträge des Parlaments über das Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) fertig stellen. OLAF ist für den Schutz der finanziellen Interessen der

Europäischen Union verantwortlich und in diesem Rahmen dafür zuständig, Betrug, Korruption und sonstige Unregelmäßigkeiten wie Dienstvergehen innerhalb der EU-Institutionen aufzudecken und zu bekämpfen.

Das Amt führt daher interne und externe Untersuchungen unabhängig durch, sorgt für eine enge und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und koordiniert ihre Maßnahmen. Darüber hinaus bietet OLAF den Mitgliedstaaten die erforderliche Unterstützung und das nötige fachliche Know-how für ihre Betrugsbekämpfungsmaßnahmen. OLAF ist ebenfalls involviert bei der Ausarbeitung der Betrugsbekämpfungsstrategie der Europäischen Union.

Als OLAF-Berichterstatterin für den Haushaltskontrollausschuss fällt es in meinen Aufgabenbereich, diesen Bericht zu verfassen und zu präsentieren. Er besteht aus einer Verordnung, die eine von drei Rechtsgrundlagen darstellt, die eine Untersuchungstätigkeit des Amtes erst ermöglichen. 85 Änderungsanträge zum Ablauf von Untersuchungen sowie den Informationsaustausch mit den Mitgliedstaaten und den EU-Organen habe ich vorgelegt. Im Wesentlichen konzentriere ich mich auf drei Punkte: Die Beseitigung innerer Widersprüche der Rechtsgrundlage und die Stärkung der Verfahrensrechte. Der zweite sieht eine Stärkung der Unabhängigkeit des Amtes vor und der letzte Punkt umfasst die Möglichkeiten einer Verbesserung der Zusammenarbeit von OLAF mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Eurojust und Europol, zwei Agenturen für die Koordination grenzüberschreitender Strafverfahren und polizeilicher Bekämpfung organisierter Kriminalität

auf EU-Ebene. Die Ausschussberatung findet am 8. September statt, die Abstimmung im Plenum im November.

Georgien: Das EU-Parlament übt Kritik an Russland

Aus aktuellem Anlass hat sich das Europäische Parlament in dieser Woche auch mit dem Konflikt im Kaukasus beschäftigt. Die Abgeordneten bezeichneten den Einmarsch Russlands in Georgien in ihrer mit großer Mehrheit verabschiedeten Entschließung als inakzeptabel. Das militärische Vorgehen Russlands sei völkerrechtswidrig. Auch die russische Anerkennung der abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien bedeute ein Verstoß gegen internationales Recht.

Das Europäische Parlament fordert, dass Russland seine Truppen aus Georgien sofort und vollständig zurückzieht und die territorialen Grenzen des souveränen Staates Georgien achtet. Des Weiteren appelliert das Parlament an den Rat und die Kommission, ihre Politik gegenüber Russland zu überprüfen, falls Russland den Forderungen nicht nachkommt. Die Abgeordneten unterstützen in diesem Zusammenhang den Beschluss des Rates, der am Montag zu einem Sondergipfel hier in Brüssel zusammentrat. Dieser sieht vor, die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu vertagen, bis die russischen Streitkräfte sich aus Georgien zurückgezogen haben. Durch diese Partnerschafts- und Kooperationsabkommen bekäme Russland eine privilegierte Position gegenüber der EU und ihren Mitgliedsstaaten zugesichert. Darüber hinaus geht die Empfehlung der Abgeordneten, eine „Trans-

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

kaukasische Friedenskonferenz“ abzuhalten, die es schaffen soll, Konflikte dieser Region auf internationaler Ebene zu lösen. Das Parlament erhofft sich daraus eine Lösung des Georgienkonfliktes und der Konflikte in und mit den benachbarten Staaten.

Auf ihrem Sondergipfel in Brüssel forderten die Staats- und Regierungschef, eine internationale Geberkonferenz für den Wiederaufbau in Georgien einzuberufen.

Neue Regeln für den Telekommunikationsmarkt

Im Plenum des Europäischen Parlaments wurde über drei verschiedene Vorschläge zur Modernisierung des Kommunikationsmarktes debattiert. Diese sehen, neben der Verbesserung der Rechte der Konsumenten und des Datenschutzes, den Aufbau neuer Geschwindigkeitsnetze vor, der auch durch Gemeinschaftsinvestitionen von mehreren Telekom-Anbietern erfolgen kann. Auf diese Weise ist es möglich das Investitionsrisiko aufzuteilen. Betont wurde auch, dass die nationalen Regulierungsbehörden die Investitionsanstrengungen der Telekom-Unternehmen bei ihren Entscheidungen berücksichtigen müssen. Dafür soll auch eine neu zu gründende europäische Regulierungsbehörde sorgen.

Die Details der Regulierungsbehörde sind noch umstritten: Wählen wir eine europäische Lösung mit einer vollständigen EU-Finanzierung über den Gemeinschaftshaushalt oder eine Finanzierung durch Extra-Beiträge der Mitgliedstaaten oder eine Mischung aus beidem. Der Einfachheit halber sind die Haushaltskontrolleure für eine EU-Finanzierung. Dann sind die Verantwortlichkeiten klar. Die Abstimmung hierzu findet in der

zweiten Plenarsitzungswoche Ende des Monats statt.

Einfachere Klassifizierung von chemischen Produkten

Ab sofort sollen gefährliche Chemikalien in allen EU-Mitgliedstaaten einheitlich eingestuft und gekennzeichnet werden. In Zukunft soll das weltweit anerkannte „Globally Harmonised System“ (GHS) für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen auch in Europa gelten. Dieser Beschluss des Parlaments wird sich bald für Jedermann durch die Einführung neuer Gefahrensymbole bemerkbar machen. Für die europäische Industrie hat diese Regelung den Vorteil, dass sie nicht unnötig mit Vorschriften belastet wird und ein viele Wirtschaftssektoren übergreifendes einheitliches System entsteht. Auch wird durch weniger komplexe Vorschriften die Vertraulichkeit von Daten sichergestellt. Diese kommt besonders dann zum Tragen, wenn es sich bei Produkten um sehr innovative Substanzen handelt, wie zum Beispiel Chemikalien in LCD-Fernsehern, deren genaue Zusammensetzung nicht öffentlich gemacht werden soll.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Diese Woche hatte ich in Straßburg wieder Besuch aus der Heimat. Am Mittwoch war der CDU-Ortsverband Essingen im Parlament, am Donnerstag die Kreislandfrauen Heidenheim. Alle Besucher hatten die Chance einen kleinen Einblick in den Alltag hier im Parlament zu bekommen. Es tut mir sehr Leid, dass ich die beiden Gruppen nicht vor Ort empfangen konnte. Hoffentlich kann die Straßburger Tagungswoche bald

wieder tatsächlich in Straßburg stattfinden, sodass ich die kommenden Besuchergruppen auch wieder persönlich dort willkommen heißen kann.

Neues aus meinem Büro in Brüssel und Straßburg

Für zwei Wochen bekamen wir Besuch von Anna-Maria Maag, Schülerin aus dem Main-Tauber-Kreis, die ein Schnupperpraktikum in meinem Brüsseler Büro während ihrer Sommerferien machen durfte. Begeistert von den gewonnenen Eindrücken ist sie letzte Woche wieder nach Hause gefahren. Dort wird sie nun das Abitur in Angriff nehmen, wofür wir ihr alles Gute wünschen! Ende August hat Johanna Heymann nach sechsmonatigem Praktikum die europäische Hauptstadt wieder verlassen, um nun in Frankfurt ihr Studium wieder aufzunehmen. Ihre Nachfolgerin, Teresa Schad, Politikstudentin aus Heidenheim, wird die entstandene Lücke nun füllen und ebenfalls für ein halbes Jahr in meinem Büro arbeiten. Ich freue mich immer wieder, wenn ich jungen Menschen die Chance eines längeren Praktikums in meinem Büro geben kann. Gerne können Sie sich bei Fragen diesbezüglich an mein Brüsseler Büro wenden.

Ab September bekomme ich Verstärkung: Michael Bargar aus Greenville, South Carolina, studiert Jura und absolviert als amerikanischer Austauschpraktikant ein Semester in Brüssel.

Thomas Hummel, aus Bietigheim-Bissingen ist ebenfalls mehrere Monate in meinem Büro und wird für weiteren männlichen Zuwachs sorgen. Ihnen allen wünsche ich eine gute Zeit und Mut sowie viel Elan für die anstehenden arbeitsreichen Wochen, die auf uns warten!

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu